

## Anlage 3

zu der Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates  
am 19.02.2010 – Punkt 2 ö. S. –

---

### **E t a t r e d e 2 0 1 0**

des Ratsmitgliedes Andrea Mehlbreuer  
namens der Fraktion „Bündnis 90 / Die Grünen“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Juli 2009 bekam die Stadt Koblenz ein umfangreiches Schreiben der Aufsichtsbehörde zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan 2009. Dort hieß es, dass der Ergebnishaushalt der Stadt Koblenz für das Haushaltsjahr 2009 einen Jahresfehlbetrag von 17,4 Millionen Euro aufweist.

Der Ergebnishaushalt verstößt damit gegen das gesetzliche Gebot des Haushaltsausgleichs – § 93 Abs. 4 GemO, § 18 Abs. 1 Gemeindehaushaltsverordnung.

Der Ergebnis-Haushalt 2010 weist nach 2 ½ Tagen Haushaltsberatungen einen Jahresfehlbetrag von 73,3 Millionen Euro aus (vorher 72,7) und die Kredite sind von 43,4 Mio. auf 46,1 Mio. Euro gestiegen. Die langfristige Verschuldung der Stadt liegt bei 280 Mio. Euro.

Wer glaubt da an eine Genehmigung des Haushalts 2010 durch die ADD?

Die ADD wird den Haushalt 2010 nicht genehmigen, dies kann niemand von Ihnen wirklich annehmen.

Es wird seitens der ADD Beanstandungen, Auflagen und Vorbehalte hageln und der Haushalt wird vermutlich zum Herbst 2010 zu Zwangs-Reduzierungen in Millionenhöhe führen und wahrscheinlich zu Einzelgenehmigungen von Investitionskrediten.

Das bedeutet für die gesamte Stadtverwaltung mehr Arbeit, mehr Überstunden und weniger Handlungsfähigkeit.

Die Verschuldung muss dauerhaft gestoppt werden, so der Oberbürgermeister in seiner Rede im Dezember. Zitat: „Die Zahlen können sich noch verändern – sie müssen sich verändern.“ - Zitat Ende

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zahlen haben sich verändert, allerdings in die falsche Richtung. Ich hatte den OB so verstanden: Einschneidende Sparmaßnahmen sind erforderlich! Zugegeben, schwierig bei rd. 45 Mio. Euro Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer und beim Anteil an der Einkommensteuer – es bleibt ein struktureller Fehlbetrag von rd. 30 Mio. Euro.

Am Beginn der Beratungen haben BIZ und Grüne gefordert, erst mal Grundsätzliches zu klären.

- Mit welcher Zielvorgabe gehen wir in die Verhandlungen?
- Wie hoch soll der Millionenbetrag sein, den wir einsparen wollen?
- Können Strukturen verändert werden?
- Wo findet die Strukturdiskussion statt?

Die ADD hat da ganz ähnliche – und zwar ganz genaue Vorstellungen - begründet auf dem Gebot der Sicherung der stetigen Aufgabenerfüllung (§ 93 Abs. Satz 1 GemO)

- Verstärkte Konsolidierungsmaßnahmen auf dem Ausgabensektor
- einen Haushaltsausgleich
- und die Reduzierung der Kredite

Das sind die Kernaussagen der ADD.

Auch der Landesrechnungshof empfiehlt eine Überprüfung der grundsätzlichen Strukturen, der Personalkosten, der Aufgabenverteilung und wirtschaftliches Arbeiten.

Wann werden diese strukturellen Forderungen umgesetzt?

Es ist zwar eine stetige Aufgabe der Verwaltung, wie der OB sagt, es führt aber nicht zu klaren Ergebnissen, wo und wann wird endlich diese Diskussion geführt?

Vor einigen Jahren konnte man auf großen Plakaten lesen: Durch Deutschland muss ein Ruck gehen!

Auch durch diesen Rat muss ein Ruck gehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Im Artikel „Rheinland-Pfalz lebt über seine Verhältnisse“ las ich in der Rhein-Zeitung am 10. Februar: Zitat: „Die oppositionelle CDU-Fraktion im Landtag fordert eiserne Disziplin und eine klare politische Führung beim künftig nötigen Sparkurs.“ – Zitat Ende

Schade, dass die CDU in Koblenz nicht in der Opposition ist. Die SPD übrigens auch nicht!

Und weil das so ist, gestalteten sich die Haushaltsberatungen wie in der Vergangenheit.

Zugegeben, es wurde versucht zu sparen – an der einen Stelle – an anderer Stelle wurde wieder draufgelegt.

Das ist nicht der Ruck, den ich meine!

Nun wir werden wieder eine haushaltslose Zeit haben, und, wie bereits angedeutet, ein Genehmigungsverfahren durch die ADD.

Die gleiche ADD, die übrigens den Miet/Kauf Kulturbau genehmigt, den die Stadt Koblenz 30 Jahre lang pro Jahr ungefähr 3,5 Mio Euro kostet.

Die gleiche ADD, die vermutlich auch die monatliche Miete von 11.000 Euro pro Monat für das Kurfürstliche Schloss an die BIMA genehmigen wird?

Offensichtlich ziemlich widersprüchlich!

Ist das Politik, die zu Politikverdrossenheit führt! Ich glaube schon.

Für uns Grüne hat die Daseinsvorsorge oberste Priorität. Sie gilt es in zentralen Aufgabenfeldern dieser Stadt finanziell zu sichern.

An erster Stelle stehen die städtischen Leistungen für Kinder und Jugendliche. Bedarfsdeckende KITA's, Horte, Kindergärten, Ganztagschulen.

Ein dichtes soziales Netz für benachteiligte Menschen, Hilfe, Unterstützung und Gehör für deren Probleme sind uns sehr wichtig.

Menschen anderer Kulturkreise und anderer Länder sollen sich bei uns wohl fühlen. Unser breites Kulturangebot, insbesondere die freie Szene, liegt uns am Herzen.

Die Schülerinnen und Schüler an Koblenzer Schulen sollen sicher zur Schule und wieder nach Hause gelangen. Die Schulwegpläne wurden von uns Grünen angeregt. Eltern, Lehrer/innen und Schüler/innen haben sie gemeinsam mit der Verwaltung erarbeitet und an entsprechenden Stellen wurden Gefahrenzonen beseitigt oder z. B. Querungshilfen geschaffen – jetzt zukünftig auch bald an der von-Kuhl-Straße, während die IGS Koblenz immer noch darauf wartet.

Seit Jahren setzen wir Grüne uns für die Barrierefreiheit des Westbahnhofes ein. Im Haushalt sind Mittel übertragen worden, damit im Sommer 2010 der Aufzug realisiert werden kann.

Klimaschutz ist ein urgrünes Thema. Ist es wirklich bei allen anderen Parteien angekommen? Koblenz verdankt uns Grünen durch eine Anfrage und einen Antrag im Rat, dass das Klimaschutzkonzept von 2000 aktualisiert wird. 150.000 Euro sind dafür erforderlich und durch die Förderung des Projektes durch die Bundesregierung wird unser Haushalt nur mit knapp 30.000 Euro belastet wird.

Parallel hat die CDU in gleicher Sitzung einen ähnlich lautenden Antrag gestellt.

Herr Biebricher: Wir Grüne freuen uns, Mitstreiter/innen gefunden zu haben!

Am 23.02. ist unser Antrag „Konvent der Bürgermeister“ im Umweltausschuss. Hier geht es noch einmal um Klimaschutz.

Klimaschutz hat Priorität 1 !

Mit dem Bürgermeisterkonvent verpflichtet sich die Stadt, die Ziele der EU zu übertreffen und bis 2020 die CO<sub>2</sub> Emissionen um mehr als 20 % zu reduzieren.

Und diese Verpflichtung muss beschlossen und die erforderlichen Maßnahmen müssen unbedingt auch umgesetzt werden.

Umweltfreundliche Mobilität gehört für uns zur Daseinsvorsorge.

Es gibt nichts Umweltverträglicheres, als zu Fuß zu gehen oder mit dem Fahrrad zu fahren.

Im Haushalt steht unter dem Produkt 5411 Gemeindestraße das Ziel: Erreichbarkeit der Stadt über alle Verkehrsmittel, das bedeutet

- Verkehrsangebote sind kundenfreundlich und stadtverträglich zu gestalten,
- Optimierung des Verkehrsnetzes und die

- Gestaltung von Koblenz als fahrradfreundliche und fußgängergerechte Stadt durch den Ausbau eines Radwegenetzes.

Bald wird Koblenz ein Justizzentrum haben, die Saartorpassage, den Durchgang durch's Schloss, eine Treppe zum Rhein, ein neues Pegelhaus, die Tiefgarage am Schloss, eine renovierte Rhein-Mosel-Halle, eine Seilbahn über den Rhein, 3 Kernbereiche zur BUGA, eine sanierte Jugendherberge, einen neuen Betriebshof, Hochwasserschutz in Lützel, ein zweites ECE, einen Kulturbau auf dem Zentralplatz, Poller, Kreisel, und und und...

Vor diesem Hintergrund ist es peinlich - ja, es ist peinlich - dass die Stadt Koblenz eine Radprioritätenliste führt mit Maßnahmen aus 2007 und früher, die von dringend in sofort geändert wurden und bis heute nicht umgesetzt sind!

Von einem Radwegenetz oder von einer Radinfrastruktur sind wir Lichtjahre entfernt.

In den Beratungen wurde seitens der Verwaltung zugesichert, dass jemand eingestellt wird, in diesem Jahr(!), der sich darum kümmern soll.

Das muss das Prinzip Hoffnung sein, das hörte ich an anderer Stelle in den Beratungen.

Ich hoffe weiter und ich hoffe auch auf eine Fahrradstation am Bahnhof. Entsprechende Planungskosten stehen bereit.

Das Produkt 5411 spricht auch von stadtverträglichem Verkehr.

In diesem Zusammenhang fallen mir als erstes die vielen Autos ein, die 2012 auf das grüne Parkdeck am Zentralplatz fahren – gleichzeitig aber auch der Parksuchverkehr, der in Koblenz immer noch sehr aktiv ist.

Wir Grüne fordern eine Erhöhung der Parkgebühren schon seit langem, jetzt endlich wurde eine erhöhte Planzahl als Ertrag eingesetzt, es fehlt allerdings noch der Beschluss des Rates.

Zur Daseinsvorsorge gehören ebenfalls Sport und Bildung. In die Koblenzer Schulen wird seit Jahren investiert, auch in ihre Sporthallen, eine Passivhaus-Sporthalle für die Goethe Schule mit 70%iger Förderung durch das Land begrüßen wir.

Die Maßnahmen des Konjunkturpaketes II sind für die Bildung sicherlich gut angelegt.

Sportliche Aktivitäten sollte Koblenz als Oberzentrum auch in Form eines Stadtbades zur Verfügung stellen. Schwimmen ist für alle Altersgruppen gesund.

Allerdings sind Investitionen in Höhe von 20 Mio. Euro für ein Stadtbad - mit Blick auf den Haushalt - völlig unrealistisch.

Da frage ich mich, wie in dieser Stadt Prioritäten gesetzt werden.

Das Forum Mittelrhein wird beschlossen, zusätzlich zur BUGA!

Der Miet/Kauf-Kulturbau wird beschlossen - durch die ADD genehmigt !?, der Miet/Kauf-Kulturbau kostet die Stadt 30 Jahre lang Millionen plus Kosten für Straßenausbau, Platzfläche, Lärmschutz - Gesamtkosten Kulturbau lt. Finanzierungsübersicht im BP 3 für Stadt und Land von über 82,0 Mio. Euro - kreditfinanziert!

Und ein Stadtbad können wir uns nicht leisten?

Zur Daseinsvorsorge gehört ein Stadtbad, das ist politisch sicher von allen Fraktionen gewünscht, jedoch muss man sich ganz klar entscheiden, zwischen Daseinsvorsorge und freiwilligen Leistungen.

Man muss sich entscheiden, ob umfangreiche Straßenbaumaßnahmen, wie die Verbindung Kurt-Schumacher-Brücke/Beatusstraße oder der Schienenhaltepunkt Rauental oder die Sanierung in den Rheinanlagen von der Pfaffendorfer Brücke bis zum Schwanenteich oder Straßen in immer mehr Gewerbegebieten und Neubaugebieten in der momentanen finanziellen Situation wirklich notwendig sind. - Unabweisbar Fragezeichen!

Wir Grüne entscheiden uns für die Daseinsvorsorge und für eine ökologische Stadtgestaltung. Die Fortschreibung des Flächennutzungsplanes von 1983 sollte bereits 2009 von den Gremien verabschiedet werden. Durch die vielen Großprojekte wurden anderen Prioritäten gesetzt. Ab April 2010 wird Personal eingestellt, um diese wichtige Aufgabe endlich anzugehen.

Die Rheinland-Pfälzer werden immer weniger, doch ihr Landhunger scheint ungebrochen. 2008 wurden 3,28 ha Land für Wohnen, Wirtschaft, Freizeitgelände oder Straßen in Anspruch genommen – nicht im Jahr, sondern pro Tag.

Das entspricht fast fünf Fußballfeldern!

Innenentwicklung vor Außenentwicklung – dieser Grundsatz muss endlich bei den Kommunen, die die Planungshoheit haben, ankommen.

Dieser Grundsatz muss endlich bei den Politikern, die dafür verantwortlich sind, ankommen.

Ziel ist eine Siedlungspolitik, die Böden schont und dem demografischen Bevölkerungsschwund Rechnung trägt.

Apropos Rechnung, der BP 260 „Südliches Güls“ kostet ungefähr 10,5 Mio. Euro - wer trägt diese Kosten? Ein Bebauungsplan mitten im Landschaftsschutzgebiet ist aus Sicht des Natur- und Artenschutzes undenkbar.

Aus finanzieller Sicht mit der Innenentwicklung überhaupt nicht vergleichbar.

Es entstehen hohe Kosten für Straßenbau, Kanalaufwand, ggfs. Lärmschutz, Artenschutzmaßnahmen und Ausgleichsflächen.

Jetzt wird es bald einen Masterplan für die Stadt Koblenz geben, dass hat sich der unabhängige designierte Oberbürgermeister vorgenommen.

Ich bin da sehr gespannt, denn in der Vergangenheit wurden schon viele Konzepte, Leitbilder, Konzeptionen und Pläne einstimmig beschlossen, berücksichtigt werden sie leider (oft) nicht. Freundlicher ausgedrückt, sie werden ab- oder weggewogen.

Klima, Bäume, Natur und Artenschutz gehören ganz oben auf die Agenda, liebe Kollegen und Kolleginnen.

In der Ratssitzung am 11.08.1986 hat das Ratsmitglied Karl-Heinz Scherhag (CDU) die Auffassung vertreten, dass in erster Linie die Umwelt und die Natur für den Bürger seien und nicht die Bürger für die Umwelt.

Ratsmitglied Lehmkuhler (SPD) hat damals erwidert, es sei umgekehrt, ohne eine intakte Umwelt wären den Bürgern die Lebensgrundlagen entzogen.

Recht hat er, der Herr Lehmkuhler!

Liebe SPD denkt in diesem Zusammenhang z. B. an den BP 260 oder an den Zaun am Schwanenteich, den ihr 1986 mit beschlossen habt.

Zum Schluss ein Absatz aus der Einführung „Neuer doppischer Haushalt“: „Jede Generation soll genau die Lasten tragen, welche sie durch die Inanspruchnahme kommunaler Leistungen verursacht hat, d.h. die Generation, die die Ressourcen verbraucht, hat sie auch zu erwirtschaften. Diese Forderung soll durch entsprechende Regelungen zum Haushaltsausgleich erreicht werden.“ Zitat Ende

Da der Haushalt der Stadt Koblenz nicht ausgeglichen ist, können wir dem auch nicht zustimmen!

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.